



GdP legt Forderungen an die künftige Landesregierung vor

NRW befindet sich im Turbowahlkampf. Die GdP hat die knappe Zeit bis zum 13. Mai genutzt, um bereits vor der Landtagswahl in persönlichen Gesprächen mit den im Landtag vertretenen Parteien für eine Stärkung der inneren Sicherheit zu werben. Den Auftakt machte ein einstündiges Gespräch mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Innenminister Ralf Jäger (beide SPD) am 31. März.

Viele Themen gilt es aus Sicht der GdP in Bezug auf die innere Sicherheit in den kommenden fünf Jahren in Angriff zu nehmen. In dem Gespräch wurden u. a. erörtert: Die Orientierung der personellen Ausstattung der Polizei am tatsächlichen Bedarf; die längst überfällige Einführung eines modernen Dienstrechts, das den veränderten Anforderungen an den öffentlichen Dienst gerecht wird; eine grundlegende Neustrukturierung der Binnenorganisation der Polizei und eine Stärkung des höheren Dienstes.

In einem Positionspapier zu den Anforderungen an die künftige Landesregierung, das in dem Gespräch übergeben wurde, weist die GdP darauf hin, dass ab 2015 fast jeder zweite Polizeibeamte in NRW 50 Jahre oder älter sein wird und die Zahl der aus Altersgründen ausscheidenden Polizisten bis 2020 auf 2000 pro Jahr steigt. Deshalb dringt die GdP darauf, dass die Zahl der Neueinstellungen ab dem kommenden Jahr auf 1700 steigt. Auch im Tarifbereich müssen zusätzliche Stellen geschaffen werden, um personelle Engpässe zu beseitigen. „Das gilt insbesondere im IT-Bereich und bei der DNA-Analyse, weil die notwendigen Arbeiten sonst an Fremdfirmen vergeben werden müssen“, heißt es im Positionspapier der GdP. Handlungsbedarf gibt es zudem bei den Verwaltungsbeschäftigten, weil sonst ein immer größer werdender Teil ihrer Aufgaben von Vollzugsbeamten übernommen werden muss.

In der kommenden Legislaturperiode dringt die GdP darauf, dass das geltende

Dienstrecht modernisiert wird. „Die Reform darf auch vor dem Hintergrund der Schuldenbremse nicht zu einer Sparreform verkommen, sondern muss zu einer nachhaltigen Stärkung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes genutzt

bereit treffen. Dazu wird derzeit ein Positionspapier erarbeitet, um „vor die Lage zu kommen“.

Zahlenmäßig spielt der höhere Dienst in der Polizei eine untergeordnete Rolle, aber seine innere Situation ist wesentlich für die Qualität der Polizeiarbeit insgesamt. Deshalb dringt die GdP seit längerer Zeit darauf, dass dem höheren Dienst in der Wahrnehmung durch das Innenministerium mehr Respekt und Aufmerksamkeit entgegengebracht wird. Ende vergangenen Jahres hat sie dazu gemeinsam mit Vertretern des höheren Dienstes eine Resolution erarbeitet, in der detaillierte Vorschläge



werden“, fordert GdP-Landesvorsitzender Frank Richter. In einem bereits im Mai 2010 vorgelegten Positionspapier hatte die GdP u. a. eine Faktorisierung der Lebensarbeitszeit vorgeschlagen. Polizeibeamte, die über Jahrzehnte im Wach- und Wechseldienst eingesetzt sind, sollen dadurch die Möglichkeit erhalten, ohne Abschläge vorzeitig in Ruhestand zu gehen. Zudem müssten Polizisten die Möglichkeit erhalten, Überstunden auf ein Lebensarbeitszeitkonto einzuzahlen, um so vorübergehend eine Auszeit nehmen zu können.

Die noch amtierende rot/grüne Minderheitsregierung hatte in ihrem Koalitionsvertrag bereits eine Organisationsreform angekündigt, diese wegen der fehlenden Landtagsmehrheit aber auf das Ende der Legislaturperiode vertagt. Sollte es in der kommenden Legislaturperiode zu einer Neuorganisation der Polizei kommen, wird dies die GdP nicht unvor-

zur Verbesserung der Situation des höheren Dienstes gemacht werden.

Fast 200 Mitglieder des höheren Dienstes haben diese Resolution inzwischen unterzeichnet. Frank Richter und Adi Plickert haben das Treffen am 31. März genutzt, um die unter dem Titel „Professionelle Führung der Polizei NRW langfristig sichern“ erschienene Resolution zusammen mit der Unterschriftenliste offiziell an Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Innenminister Ralf Jäger zu übergeben.

Auch den anderen im Landtag vertretenen Parteien hat die GdP ihre Forderungen an die künftige Landesregierung vorgestellt. Teil der weiteren Gespräche mit den Landtagsparteien war auch eine Diskussionsrunde während des Beirats der GdP am 18. April in Kamen, an der u. a. die Innenpolitiker Theo Kruse (CDU) und Matthi Bolte (Bündnis 90/Die Grünen) teilgenommen haben.



Nur starke Personalräte bestimmen mit

Zur Personalratswahl 2012 tritt die GdP mit einer Doppelspitze an: Adi Plickert, amtierender Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei, steht an der Spitze des Wahlvorschlags, den die GdP für die Gruppe der Beamten eingereicht hat. Jutta Jakobs, Personalratsvorsitzende im LKA, will in Zukunft die Interessen der Tarifbeschäftigten im PHPR vertreten. Die Redaktion hat beide gefragt, was sie in den kommenden vier Jahren für die Beschäftigten erreichen wollen?

Fragen an Adi Plickert, Spitzenkandidat der GdP für die Beamten

Als Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei warst du in den letzten vier Jahren maßgeblich daran beteiligt, dass die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei auf 1400 gestiegen ist, dass die zweigeteilte Laufbahn umgesetzt wurde, und dass es bei der Polizei endlich ein Gesundheitsmanagement gibt. Was sind die wichtigsten Ziele für die kommenden vier Jahre?

Nach den Wahlen steht die Frage der Personalausstattung der Polizei erneut

auf der Tagesordnung. Wir haben mit unseren aktuellen Berechnungen gezeigt, dass selbst 1400 Neueinstellungen nicht reichen. Neue Handlungsfelder wie Cybercrime, neue Projekte wie „Kurve Kriegen“ und „Crash-Kurs“ sowie das neue „Handlungskonzept Rechts“ lassen sich ohne ein Mehr an Personal nicht umsetzen. Zudem: Unsere Hundertschaften kommen schon jetzt nicht mehr aus den Einsatzstiefeln, im Wachdienst sind die Funktionsbesetzungspläne nicht das Papier wert, auf dem sie stehen und in den Ermittlungsdiensten stapeln sich die Anzeigen zu Hunderten. Dass die Polizei noch läuft, liegt nur daran, dass unsere Kolleginnen und Kollegen pro Jahr fünf Millionen Überstunden leisten. Diese

enormen Belastungen müssen in den nächsten Jahren reduziert werden. Dafür benötigen wir mehr Personal. Deshalb müssen die Einstellungszahlen auf 1700 erhöht werden.

Weitere wichtige Themen, die uns in den nächsten Jahren beschäftigen werden, sind die Neufassung der Arbeitszeitverordnung nach europäischem Recht und die Frage, wie wir künftig unsere verwendungseingeschränkten Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Das bereitet mir bereits heute große Sorgen, weil wir hierfür sozialverträgliche Lösungen finden müssen.

Die meisten Forderungen kosten Geld. Nach der Landtagswahl wird der politische Druck, die Neuverschuldung in NRW zurückzuführen, enorm zunehmen. Wie realistisch ist es, in dieser Situation mehr Geld zu fordern?

Wählen gehen!



Vor zwei Jahren, im Landtagswahlkampf 2010, standen andere Themen im Vordergrund, nicht die Innenpolitik. Das könnte sich auch beim diesjährigen Turbowahlkampf wiederholen. Wer daraus den Rückschluss zieht, für die Innenpolitik wäre es egal, wer in Zukunft die nordrhein-westfälische Landesregierung stellt, könnte sich trotzdem täuschen. Denn bei der vorgezogenen Landtagswahl steht viel auf dem Spiel. Für die innere Sicherheit und für die Arbeitnehmerrechte.

Bei Wahlen sind die Gewerkschaften parteipolitisch neutral, aber sie sind nicht unpolitisch. Deshalb werden wir nicht vergessen, dass es die rot/grüne Minderheitsregierung war, die im vergangenen Jahr mit Unterstützung der Linkspartei die Rückkehr der Demokratie in

den öffentlichen Dienst ermöglicht hat. Und die am neu geschaffenen Landespersonalvertretungsgesetz nicht rütteln will.

Genauso wenig werden wir vergessen, dass es Jürgen Rüttgers war, der 2008 als Ministerpräsident die Einstellungszahlen bei der Polizei von 500 auf 1100 erhöht hat, und dass es Hannelore Kraft war, die die Einstellungszahlen auf 1400 erhöht hat. Auch daran darf nicht gerüttelt werden. Die Einstellungszahlen müssen im Gegenteile in den kommenden Jahren noch weiter steigen, das zeigen alle Fakten.

Deshalb kann es uns nicht egal sein, dass im Landtagswahlkampf schon wieder Forderungen die Runde machen, der öffentliche Dienst müsse 10 000 Stellen abspecken. Wer keinen Speck angesetzt hat, kann nicht abspecken. Das wissen wir aus der Polizei zur Genüge. Und es kann uns nicht egal sein, dass schon wieder Forderungen die Runde machen, die gerade erst wiederhergestellte Demokratie im öffentlichen Dienst erneut zu rasieren. Wer mit solchen Parolen auf Wählerfang geht, gehört abgestraft. Deshalb ist es wichtig, wählen zu gehen. Bei der Landtagswahl am 13. Mai und bei den Personalratswahlen am 11. – 14. Juni. Denn wir brauchen nicht nur eine Landesregierung, die sich für die innere Sicherheit stark macht, sondern wir brauchen auch starke Personalräte. **Frank Richter**

Ich glaube, dass auch die Politik weiß, dass Freiheit und Sicherheit ihren Preis haben. Und ich bin mir absolut sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes unsere Forderung unterstützen, die Polizei gut auszustatten, gut auszubilden und gut zu bezahlen. Trotzdem werden wir wegen der schwierigen finanziellen Lage NRW's und wegen der Auswirkungen der Schuldenbremse erhebliche Überzeugungsarbeit leisten müssen. Deshalb ist es wichtig, dass die GdP als klarer Sieger aus den bevorstehenden Personalratswahlen hervorgeht. Denn nur dann können wir der Politik gegenüber glaubhaft signalisieren, dass die überwiegende Mehrzahl unserer Kolleginnen und Kollegen hinter uns steht.

Was sagst du denjenigen, die eher ihre eigenen Probleme im Vordergrund sehen, weil sie meinen, dass ihr Arbeitsbereich benachteiligt ist?

Diese Diskussion kann man ja schon beim Nachersatz beobachten. Aber die Wirklichkeit ist viel komplizierter, als viele das wahrhaben wollen: Es gibt nämlich nicht nur ein Altersproblem in einzelnen Direktionen, sondern wir haben ein generelles Altersproblem in der Polizei NRW.



PERSONALRATSWAHLEN 2012

Mein Ziel ist es, das Personal so zu verteilen, dass alle Bereiche (Behörden und Landesoberbehörden) damit leben können. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass schwierige Situationen eher solidarisch zu meistern sind. Wenn wir übereinander statt miteinander reden, sind wir als Polizei auf dem falschen Weg.

Wenn du drei Wünsche frei hättest, wie sieht die Polizei im Sommer 2016, am Ende der Amtszeit des jetzt zu wählenden Personalrates, aus?

Erstens, dass es uns bis dahin gelungen ist, die ständig steigende Zahl gewalttätiger Übergriffe auf unsere Kolleginnen und Kollegen (alle 59 Minuten, jeder 4. einmal im Jahr) deutlich zu reduzieren.

Zweitens, dass das Berufsbild Polizistin/Polizist durch angemessene Rahmenbedingungen wie Fachhochschul-Ausbildung, gute berufliche Karriereentwicklung, moderne Ausrüstung/Ausstattung und Bezahlung weiter so attraktiv gestaltet ist, dass auch künftig genügend qualifizierte junge Frauen und Männer diesen tollen Beruf wählen.

Und drittens: Da Polizei nicht alles im Leben ist, wäre es toll, wenn ich 2016 sagen könnte: „Wir sind 2014 in Brasilien Fußball-Weltmeister geworden“.

Fragen an Jutta Jakobs, Spitzenkandidatin der GdP für die Tarifbeschäftigten

Der Tarifbereich ist in den vergangenen vier Jahren deutlich beschnitten worden, trotz des massiven Widerstands der GdP. Was muss passieren, damit auch die Tarifbeschäftigten eine verlässliche Zukunftsperspektive bekommen?

Vorrangig ist die Einstellung von jungen Beschäftigten, um der dramatischen Überalterung im Tarifbereich entgegenzuwirken. Durch den Wegfall von Stellen ist in den vergangenen Jahren in allen Bereichen die Arbeitsverdichtung drastisch gestiegen. Viele Aufgaben von Tarifbeschäftigten müssen inzwischen von Polizeibeamten geleistet werden, weil die Tarifbeschäftigten, die diese Aufgaben in der Vergangenheit wahrgenommen haben, nicht mehr da sind. Für diese Tätigkeiten

müssen Regierungsbeschäftigte eingestellt werden, damit die Polizeibeamten wieder ihre originären Aufgaben übernehmen können.

Ein Personalentwicklungskonzept für den Tarifbereich ist längst überfällig. Leistungsstarke Beschäftigte sollten gezielt gefördert werden. Hierzu muss die Möglichkeit, an Hospitationen oder Praktika teilzunehmen und sich dienstlich fortzubil-

Tarifabschlüsse aufgenötigt worden, immer mit dem Argument der hohen Arbeitsplatzsicherheit im öffentlichen Dienst. Aber diese Sicherheit gibt es heute nicht mehr. Die Bezahlung der Tarifbeschäftigten muss deutlich attraktiver werden. Das Einkommensgefälle zwischen Privatwirtschaft und dem öffentlichen Dienst darf nicht noch weiter auseinanderklaffen.

Zudem brauchen wir finanzielle Mittel, z. B. angemessene Zulagen, um qualifiziertes Personal an die Polizei zu binden. Eine hohe Arbeitszufriedenheit alleine kann eine drohende Abwanderung auf Dauer nicht verhindern. Weder bei hoch qualifizierten Fachkräften mit Studium, noch bei besonders qualifizierten Fachkräften wie z. B. Kfz-Meistern oder medizinischen Kräften beim PÄD.

Die GdP hat durchgesetzt, dass Rot-Grün keine weiteren Aufgaben der Polizei privatisiert worden sind. Reicht das?

Nein. Offiziell ist Rot-Grün von der „Privat vor Staat“-Politik der Vorgängerregierung abgerückt, aber in der Realität wird auch bei der Polizei weiter privatisiert, weil wir für viele Aufgaben schlicht kein Personal mehr haben. Einsatzküchen müssen endlich wieder von der Polizei betrieben werden. Es ist absurd, Leistungen zu privatisieren, die von eigenen Kräften besser und kostengünstiger erbracht werden können.

Wenn du ebenfalls drei Wünsche frei hättest, wie sieht die Polizei im Sommer 2016 aus?

Erstens: Wir haben ein Personalentwicklungskonzept für den Tarifbereich, das die Aspekte Gesundheitsmanagement, Demografieentwicklung, Wissensmanagement, Arbeitsschutz, Weiterqualifizierung und Aufstiegschancen beinhaltet.

Zweitens haben wir eine adäquate Bezahlung und einen großzügigen Umgang mit Zulagen durch die Bereitstellung der dazu erforderlichen finanziellen Mittel.

Und drittens: Es gibt eine gegenseitige Wertschätzung der verschiedenen Arbeitsbereiche, geprägt von dem Bewusstsein, dass wir gemeinsam qualifizierte Polizeiarbeit leisten.

Personalratswahlen
11. - 14. Juni 2012

Gewerkschaft der Polizei NRW

Unsere Spitzenkandidatinnen und -kandidaten für den Polizei-Hauptpersonalrat!

Michael Maatz
LAPP

Bernd Hottmeyer
LR Paderborn

Bernd Thienel
LR Rhein-Sieg-Kreis

Heinz Seggewiß
LAPP

Diethelm Salomon
PP Aachen

Lorenz Rohahn
PP Getzenkathen

Arnold Pückert
PP Bochum

Heinrich Senkowski
PP Oberhausen

Volker Huff
PP Bielefeld

Rainer Petz
LR Ennepe

Axel Neubauer
PP Essen

Andreas Barnweitz
LR Märkischer Kreis

Achim Bismacher
PP Duisburg

Udo Linnenbrink
LR Güterlohn

Wolfgang Spies
PP Wuppertal

Jutta Jakobs
LKA

Michael Mertens
LR Rhein-Erft-Kreis

Karl-Heinz Kachs
LAPP

Robert Markus
PP Beckinghausen

Susanne Klone
LR Herford

Hartmut Rulle
PP Münster

Klare Ziele!

Ein Team. Ein Kurs.
www.gdp-nrw.de

Die GdP-Spitzenkandidatinnen und -kandidaten für die Personalratswahl 2012. Alle GdP-Kandidaten: www.gdp-nrw.de/Infothek

den, deutlich verbessert werden. Außerdem müssen die weiterqualifizierten Kolleginnen und Kollegen im Anschluss an ihre Weiterbildung die Möglichkeit erhalten, eine Stelle zu bekommen, in der sie ihr Potenzial einbringen können. Das gilt auch für die Auszubildenden nach ihrem Abschluss.

Die Tarifbeschäftigten sind nicht nur bei der Arbeitsplatzsicherung benachteiligt, sondern auch bei den Aufstiegschancen. Vor allem bei hoch qualifizierten Tarifbeschäftigten droht eine massive Fachkräfteabwanderung.

In der Vergangenheit sind den Tarifbeschäftigten bei der Polizei im Vergleich zur Privatwirtschaft oftmals geringere



Folgen der BAG-Entscheidung zum Jahresurlaub

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat am 20. März entschieden, dass die Regelung in § 26 Abs. 1 Satz 2 des TVöD, wonach der Urlaubsanspruch in jedem Kalenderjahr altersabhängig gestaffelt ist, gegen das Altersdiskriminierungsverbot verstößt. Dieser Verstoß könne nur beseitigt werden, indem die Dauer des Urlaubs der wegen ihres Alters diskriminierten Beschäftigten nach oben angepasst wird. Das Urteil bezieht sich auf den Tarifvertrag für die Beschäftigten

des öffentlichen Dienstes (TVöD), der nur für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen gilt.

Die dortigen Tarifvertragsparteien haben in der Tarifeinigung vom 31. März 2012 dieser Rechtsprechung bereits Rechnung getragen: Für Beschäftigte, die auf Grund ihres Alters in 2012 bereits einen Urlaubsanspruch von 30 Tagen erreicht haben, ändert sich nichts. Alle anderen haben in Zukunft einen Urlaubsanspruch von 29 Tagen.

Wie sich die Entscheidung auf Urlaubsansprüche im Bereich des insoweit inhaltsgleichen TV-L auswirkt, wird derzeit von der Tarifgemeinschaft deutscher Länder erörtert. Ein Ergebnis lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Davon sowie von der noch abzuwartenden Begründung der BAG-Entscheidung wird abhängen, welche Konsequenzen zu ziehen sind. Sobald uns konkrete Ergebnisse vorliegen, werden wir zeitnah berichten.

EuroCOP kritisiert EU-Arbeitszeitrichtlinie

Das EuroCOP-Komitee hat auf seiner Frühjahrstagung in Brüssel am 4. April 2012 klar zur geplanten Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie (Richtlinie 2003/88/EG) Stellung bezogen. Die Kernforderungen lauten: Mehr Mitbestimmung bei der Regelung von Arbeitszeit und eine Verbesserung der Möglichkeiten zur Berücksichtigung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben.

Die EU-Richtlinie, deren wesentliches Ziel der Schutz der Gesundheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist, steckt einen Rahmen ab, in dem sich

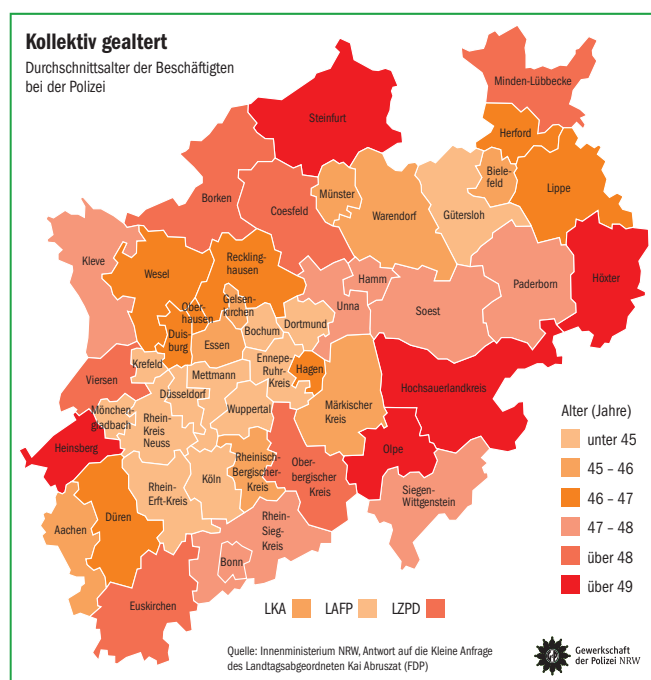
die nationalen Gesetzgeber und die Tarifpartner bei Arbeitszeitregelungen bewegen können. Dazu gehören u. a. eine wöchentliche Arbeitszeit, die im Durchschnitt 48 Stunden einschließlich Überstunden nicht überschreitet, eine tägliche Mindestruhezeit von elf zusammenhängenden Stunden pro 24-Stunden-Zeitraum und maximal acht Stunden Nachtschicht.

Die Polizei steht mit ihren Einsatzlagen und die Organisation von Schichtdiensten bei der Umsetzung der Vorgaben der Richtlinien vor besonderen He-

rausforderungen. „Für die Polizei müssen in Teilbereichen zwingend Ausnahmeregelungen getroffen werden können“, so der GdP-Landesvorsitzende Frank Richter.

Die jetzt von EuroCOP verabschiedete Position fließt unmittelbar in die Verhandlungen der Sozialpartner auf EU-Ebene ein. Für die Polizeibeschäftigten ist EuroCOP unmittelbar an den Verhandlungen beteiligt. Bis spätestens September haben die Sozialpartner Zeit, danach legt die Kommission ihren Vorschlag vor.

Überalterung schreitet rasant voran



Weil in NRW bis 2007 pro Jahr nur 500 Polizisten neu eingestellt worden sind, schreitet die Überalterung der Polizei rasant voran. Trotz der inzwischen wieder gestiegenen Einstellungszahlen wird sie in den kommenden Jahren sogar noch weiter zunehmen. Das belegen die Zahlen, die das Innenministerium kürzlich als Antwort auf eine Kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Kai Abruszat (FDP) veröffentlicht hat. In vielen Polizeibehörden wird das Durchschnittsalter bereits Ende dieses Jahres die 50-Jahres-Grenze überschreiten, vor allem in den Endverwendungsbehörden. Für ältere Polizeibeamte hat das gestiegene Durchschnittsalter zur Folge, dass sie kaum eine Chance haben, aus dem Wach- und Wechseldienst heraus in einen weniger gesundheitsbelastenden Arbeitsbereich zu wechseln. Die GdP drängt deshalb darauf, dass die in der Betriebsvereinbarung zum Behördlichen Gesundheitsmanagement (BGMPol) vereinbarten Maßnahmen zur Gesundheitsförderung zeitnah in allen Behörden umgesetzt werden. Das Ziel: Niemand soll aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Polizeidienst ausscheiden müssen. Zudem fordert die GdP eine Faktorisierung der Arbeitszeit. Vor allem die Beschäftigten des Wach- und Wechseldienstes sollen dadurch ohne Abschlüsse vorzeitig in Ruhestand gehen können. Der Vorschlag zur Faktorisierung der Arbeitszeit sind Teil der Forderungen der GdP zur Reform des Dienstrechts in NRW. Die GdP wird diese Forderung nach der Landtagswahl im Mai erneut in die politische Diskussion einbringen.



Wir sind die GdP

Mehr als 18 000 Beschäftigte von Bund und Kommunen sind am 21. März, im unmittelbaren Vorfeld der entscheidenden, dritten Verhandlungsrunde für den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst, in Köln und in anderen Großstädten auf die Straße gegangen, um ihre Kampfbereitschaft zu zeigen. Auch wenn die Beschäftigten der Länder von den Tarifverhandlungen nicht unmittelbar betroffen sind, weil für sie mit dem TV-L ein eigener Tarifvertrag gilt, hat sich auch der GdP-Landesbezirk an der Demonstration beteiligt. Eine Delegation unter der Führung von Carola Breunig (Große Tarifkommission) und Kurt Bongard (Vorstand BV Köln) opfer- te ihre Freizeit und bekundete auf dem überfüllten Kölner Heumarkt ihre Solidarität mit den Streikenden.



Carola und Kurt unisono: „Solidarität ist keine Einbahnstraße, denn nur gemeinsam sind wir stark.“ Beide betonten zudem, dass das Ergebnis der Tarifrunde für den Bund und die Kommunen Signalwirkung für die zum Jahresende anstehenden Verhandlungen für den Bereich der Länder haben dürfte. „Dass die öffentlichen Arbeitgeber ein Angebot vorgelegt haben, das noch nicht einmal den Inflationsverlust ausgleicht, ist eine Frechheit“, kritisierte Carola Breunig. Dabei sei allen Beteiligten bewusst, dass die Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren bereits deutlich hinter der in den anderen Branchen zurückgeblieben ist. „Deshalb war es wichtig, dass wir in Köln Flagge gezeigt haben.“ Die Solidaritätsaktion der GdP kam bei den Kölner Demo-Teilnehmern gut an.

Carola und Kurt unisono: „Solidarität ist keine Einbahnstraße, denn nur gemeinsam sind wir stark.“ Beide betonten zudem, dass das Ergebnis der Tarifrunde für den Bund und die Kommunen Signalwirkung für die zum Jahresende anstehenden Verhandlungen für den Bereich der Länder haben dürfte. „Dass die öffentlichen Arbeitgeber ein Angebot vorgelegt haben, das noch nicht einmal den Inflationsverlust ausgleicht, ist eine Frechheit“, kritisierte Carola Breunig. Dabei sei allen Beteiligten bewusst, dass die Gehaltsentwicklung im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren bereits deutlich hinter der in den anderen Branchen zurückgeblieben ist. „Deshalb war es wichtig, dass wir in Köln Flagge gezeigt haben.“ Die Solidaritätsaktion der GdP kam bei den Kölner Demo-Teilnehmern gut an.



Foto: Stefan Reimert

Mit der GdP sicher in die Saison starten: Kurz vor dem Start in die Motorrad-Saison bietet der Landesbezirk NRW jedes Jahr gemeinsam mit der Kreisgruppe Unna ein Fahr- und Sicherheitstraining für Kradfahrer an. So auch in diesem Jahr. Erfahrene Trainer haben einen Tag lang praktische Übungen und wertvolle Tipps für mehr Fahrsicherheit im Alltag vermittelt. Aufgrund der großen Nachfrage hatte die GdP in diesem Jahr sogar zwei Termine angeboten. Beide waren sofort restlos ausgebucht.

Anzeige

Ohne Sucht leben lernen Halt finden, Selbstbestimmung bewahren

Die AHG Klinik Dormagen ist eine Fachklinik zur Rehabilitation von Menschen mit Suchterkrankungen.

- Bei übermäßigem Konsum und Abhängigkeit von Alkohol und Medikamenten.
- Spezialisiert auf Überforderungen und Traumatisierungen durch beruflichen Einsatz.
- Die Unterbringung erfolgt in komfortablen Einzelzimmern.



Rufen Sie uns an für ein unverbindliches Beratungsgespräch.

AHG Klinik
DORMAGEN

fon: 02133/2660-261
www.ahg.de/dormagen



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 2. 5. Josef Lennartz, Erkelenz
- 3. 5. Elisabeth Mevissen, Köln
- 4. 5. Hildegard Ott, Wuppertal
- 7. 5. Liselotte Weider, Hilden
- 8. 5. Frieda Tholen, Enger
- 9. 5. Lothar Bussmann,
Bad Lippspringe
- Herbert Roelen, Düsseldorf
- 13. 5. Edith Afflerbach, Hagen
- Gerhard Rosarius, Bonn
- 15. 5. Karl Rost, Köln
- 16. 5. Maria Tappe, Pforzheim
- 18. 5. Alice Fingerhut, Soest
- Werner Gebauer, Bochum
- 24. 5. Wilhelm Dressen, M.gladbach
- 28. 5. Wilhelm Steinhaus, Plettenberg

91. Geburtstag

- 10. 5. Erna Klingenburg, Mülheim
- 11. 5. Gerda Klein, Bochum
- Hildegard Woiczik, Dortmund
- 24. 5. Else Hummeltenberg,
Hückeswagen

- Elisabeth Menzel, Siegen
- 30. 5. Ruth Franciszkowski, Dortmund
- 31. 5. Hanna Knollmann, Gütersloh

92. Geburtstag

- 3. 5. Marianne Dievernich, Essen
- 6. 5. Eduard Achnitz,
Mülheim a.d. Ruhr
- 10. 5. Adalbert Schaffner, Osnabrück

93. Geburtstag

- 8. 5. Maria Erika Schneider,
Remscheid
- 23. 5. Cäcilie Alex,
Bad Neuenahr-Ahrweiler
- 25. 5. Magdalene Kromer, Leichlingen
- 26. 5. Elsbeth Pohl, Moers

94. Geburtstag

- 9. 5. Fritz Scheffler, Münster
- 12. 5. Elisabeth Dierkes, Wuppertal

- 13. 5. Gertrud Koch, Remscheid
- 17. 5. Maria Panz, Mülheim

95. Geburtstag

- 13. 5. Hildegard Gronostey, Baesweiler
- 16. 5. Erna Wotka, Minden

96. Geburtstag

- 9. 5. Ernst Bolte, Hamm

98. Geburtstag

- 20. 5. Wilhelm Breil, Bochum

99. Geburtstag

- 15. 5. Anna Krückel, Baesweiler

100. Geburtstag

- 27. 5. Klara Bosbach, Essen

102. Geburtstag

- 31. 5. Margarete Pfeifers, Gelsenkirchen

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (Vi. S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-183
Telefax (02 11) 71 04-174
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe
ist der 7. Mai 2012.**

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: pinguin@gdp-service-nw.de

Countdown für den Familiengesundheitstag

Für den 12. Mai, den Vorabend der auch für die Beschäftigten der Polizei wichtigen Landtagswahl, hat der GdP-Landesbezirk NRW seine Mitglieder, ihre Freunde und Familienangehörigen zum Familiengesundheitstag in den Panorama-Park Sauerland eingeladen. Ein Zufall nur, denn der Termin des Familiengesundheitstags stand schon lange fest, bevor die Entscheidung für die vorgezogene Landtagswahl gefallen ist. Und trotzdem hat die zeitliche Nähe Symbolkraft, denn viele Ideen und Konzepte, die im Mittelpunkt des Familiengesundheitstags der GdP stehen, werden auch nach der Landtagswahl innerhalb der Polizei einen großen Stellenwert haben. Allem voran die Frage, was ich selber tun kann, um über das Ende des Berufsleben hinaus körperlich fit zu bleiben? Und wie die Polizeibehörden die Beschäftigten dabei unterstützen?

Dass am Familiengesundheitstag trotzdem der

Spaß nicht zu kurz kommt, garantiert neben dem Freizeitangebot des Panorama-Parks Sauerland auch das gemeinsam vom Landesbezirk und der Kreisgruppe Olpe entwickelte Extra-Programm für die GdP-Mitglieder. Weil das darin eingeschlossene Breitensportprogramm vorbereitet werden muss, müssen sich alle, die zum Familiengesundheitstag kommen wollen, anmelden. Das geht noch bis zum 5. Mai.

Infos und Anmeldung:
www.familiengesundheitstag.info



Sommer 2012

JAHN REISEN



GdP-Fit- & Fun-Woche an der Türkischen Riviera Iti Xanthe Resort & Spa ■■■■□ 20.9.-27.9.2012

Direkt am flach abfallenden Sandstrand von Side liegt das moderne Resort mit umfassenden Sport- und Unterhaltungsangeboten. Die Anlage bietet neben einem Tennis-Hartplatz und einem Fitnesscenter zahlreiche Sportangebote wie Wassergymnastik, Aerobic, Steppaerobic, Beachvolleyball, Fußball, Boccia, Wasserball, Darts und Tischtennis. Für Schwimmbesister steht in der Anlage ein Außenpool mit olympischen Maßen (50 x 25 m) und 10 mit Schwimmscheiden abgetrennten Bahnen mit Startblöcken zur Verfügung. Fürs Fußballtraining warten 8 professionelle Fußballplätze in ca. 800 Meter Entfernung. Trainingsmöglichkeiten können angefragt werden. Wassersportmöglichkeiten gibt es am Strand und sind wie die Spa- und Wellnessangebote gegen Gebühr.

Das Iti Xanthe Resort & Spa, bestehend aus vier 3-stöckigen Gebäuden sowie einem Empfangsgebäude mit Rezeption, bietet eine Lobby mit Bar, ein Hauptrestaurant, 3 à-la-carte-Restaurants, Geschäfte, Friseur, Arzt und eine Internetecke. In der Gartenanlage befindet sich ein Pool mit Poolbar, Kinderbecken und Wasserrutschen.

Sonnenschirme, Liegen, Auflagen und Handtücher sind am Pool und am hotelgepflegten Strandabschnitt inklusive. Die modern eingerichteten Zimmer verfügen über Dusche, Föhn, Balkon, Minibar, Sat-TV und Mietsafe.

Das Alles-inklusive-Angebot umfasst:

- Frühstück, Mittag- und Abendessen in Buffetform
- Langschläfer-Frühstück
- Snacks, Kaffee/Tee und Kuchen in der Patisserie (10-22 Uhr)
- Eis stundenweise

- 1x pro Aufenthalt Abendessen in einem der 3 à-la-carte-Restaurants
- Alle lokalen alkoholischen und nicht alkoholischen Getränke (10-24 Uhr)
- Die Minibar ist bei Ankunft gefüllt mit Softdrinks.

TÜRKISCHE RIVIERA | SIDE Iti Xanthe Resort & Spa ■■■■□

Flug ab/bis Düsseldorf, Rail&Fly-Ticket,
Transfer Flughafen – Hotel – Flughafen
7 Nächte im Doppelzimmer, Alles inklusive

pro Person

ab € **811,-***

Preis bei Einzelbelegung ab € 1.025*

* Mindestteilnehmerzahl 10 Personen und Buchung bis zum 30.5.2012.



REISE-SERVICE
GdP-Service-GmbH NRW

Gudastraße 9
40625 Düsseldorf
Telefon 0211 29101-44/45
Telefax 0211 29101-15
www.gdp-reiseservice.de

URLAUB, WIE ICH IHN MAG.





So viel politische Prominenz war selten: Weil zwischen dem 1. Mai und den vorgezogenen Landtagswahlen in NRW nur zwölf Tage liegen, treten auf den Mai-Kundgebungen des DGB in diesem Jahr neben führenden Gewerkschaftern auch etliche prominente Politiker auf. Die Hauptkundgebung findet in Dortmund statt. Dort wird neben dem DGB-Landesvorsitzenden Andreas Meyer-Lauber auch Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) reden. Prominenteste Mai-Rednerin von Bündnis 90/Die Grünen ist die stellvertretende Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann, die in Solingen auftritt. Für die Linken wird Gregor Gysi in Remscheid zu den Demonstrationsteilnehmern sprechen. Der Vorsitzende des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD), redet in Aachen. Mit Michael Vassiliadis (IG BCE) und Klaus Wiesehügel (IG BAU) treten in diesem Jahr zudem zwei Bundesvorsitzende der Gewerkschaften in NRW auf (Düsseldorf bzw.

Gladbeck). GdP-Landesvorsitzender Frank Richter wird in diesem Jahr in Münster reden.

Glücksnummern des Monats

45 18557
Axel Gehm, Düsseldorf
45 18583
Olaf Kästner, Oberberg
45 18565
Daniela Gebken, Bielefeld
45 21446
Marcus Spranger, Aachen

Die Gewinner erhalten das BBQ-Set „to go“.

GdP aktiv

1. 5., „Tag der Arbeit“ mit vielen örtlichen DGB-Veranstaltungen

11. 5., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe WSP, 15:00 Uhr, Wasserbahnhof, Alte Schleuse 1, PMS „Heinrich-Thöne“, Mülheim an der Ruhr

12. 5., Familiengesundheitstag im Panorama-Park Sauerland, exklusiv für GdP-Mitglieder und deren Freunde, Anmeldung und Infos: www.familiengesundheitstag.info

23. 5., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Herford, 16:30 Uhr, Stadthotel Pohlmann, Mindener Str. 1, Herford

Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

23. Mai, Frühjahrswanderung (festes Schuhwerk erforderlich) mit anschließendem Kaffee und Kuchen, Treffpunkt: 11:00 Uhr, Parkplatz Norma, Humboldt-/Robert-Koch-Str. 12-14, 52152 Simmerath

Kreisgruppe BV Münster

9. Mai, APS-Sitzung des BV Münster, Herr Thewes, Feuerwehr Münster, zum Thema „Brandschutz“, Treffpunkt: 9:30 Uhr bis ca. 16:00 Uhr, Feuerwehr Müns-

ter, York-Ring 25, 48159 Münster

Kreisgruppe Coesfeld

30. Mai, Senioren-Grillnachmittag, Treffpunkt: 14:30 Uhr, DRK-Heim, August-Schlüter-Str. 32, 48249 Dülmen

Kreisgruppe Köln

21. Juni, Mitgliederversammlung, separate Einladungen werden nicht versandt, um rege Teilnahme wird gebeten, Treffpunkt: 14:00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln

NACHRUF

Eberhard Bange	07. 01. 1939	BZ Linnich	Walter Krause	30. 07. 1934	Aachen
Wilfried Bartel	07. 12. 1934	Mettmann	Hans-Jürgen Langkau	25. 09. 1942	Duisburg
Joseph Blum	03. 05. 1918	Köln	Alwin Lay	04. 02. 1967	Bielefeld
Georg Bohms	07. 01. 1917	Düren	Roland Link	30. 09. 1948	Siegen
Gertrud Bramsiepe	22. 12. 1916	Essen/Mülheim	Margareta Malchers	29. 01. 1922	Essen/Mülheim
Erika Bürstel	30. 07. 1913	Essen/Mülheim	Hedwig Moll	14. 08. 1923	Kleve
Kurt Engels	11. 10. 1936	Essen/Mülheim	Rudolf Möllers	19. 03. 1930	Solingen
Johann Josef Esser	19. 06. 1941	BZ Brühl	Gerhard Nave	15. 12. 1916	Bielefeld
Hildegard Felchner	08. 02. 1923	Essen/Mülheim	Peter Paul Plate	25. 03. 1953	Bergisches Land
Franz Fleihsig	08. 08. 1926	Unna	Katharina Pleitner	09. 01. 1924	Bonn
Helmut Freiherr	30. 08. 1939	Warendorf	Paul Pohl	05. 02. 1922	Köln
Maria Friedrich	14. 08. 1919	Köln	Helmut Rouenhoff	01. 01. 1936	Krefeld
Hermann Fritz	22. 09. 1931	Bochum	Anna Sangs	26. 02. 1927	Düsseldorf
Herbert Frohwein	22. 02. 1923	Lippe	Elfriede Schieck	18. 10. 1928	Bielefeld
Felix Galecki	24. 03. 1925	Bochum	Ferdinandine Schink	30. 01. 1910	Märkischer Kreis
Leo Grimm	15. 11. 1926	Wesel	Andreas Suckau	28. 04. 1918	Köln
Gertrud Grunau	15. 12. 1912	Gelsenkirchen	Gerhard Theis	16. 09. 1929	Bochum
Siegfried Hahlbohm	29. 09. 1934	Bonn	Hedwig Theusz	07. 07. 1916	Dortmund
Viktor Hangert	19. 08. 1936	Autobahnpolizei Düsseldorf	Hildegard Topel	23. 05. 1918	Essen/Mülheim
Friedrich Heintze	04. 06. 1927	Münster	Wolfgang Volkmann	20. 06. 1950	Ennepe-Ruhr
Klaus-Dieter Herold	18. 04. 1940	Oberhausen	Richard Wagner	29. 06. 1923	Paderborn
Dieter Jogerit	08. 07. 1945	BZ Erich Klausener	Rudolf Wienen	29. 08. 1931	BZ Brühl
			Hedwig Wünsch	05. 12. 1922	Autobahnpolizei Münster

